

A3-001 Entscheidung über den Koalitionsvertrag mit der CDU Düsseldorf

Antragsteller*in: Vorstand der Grünen Jugend Düsseldorf (Philippa Klein, Lilli Hampeter, Jule Sträter, Lukas Sokolowski, Christian Kraas, Marlena Thiel, Lukas Schirmer, Lukas Himmel), Frieda Niewald, Lukas Mielczarek, Anja Dürselen, Jens Baganz, Diana Hein, Rainald Haagen, Michael Dürselen, Barbara Weishaupt, Bernd Schmidt, Waldemar Fröhlich, Harro Springhorn, Thomas Ladwig, Martina Chalmovsky, Lennart Brandt, Christian Groeger, Paul Pansky, Jonathan Andraczek, Finn Zimmermann, Jochen Theloke, Mara Kleine, Nicolas Dürselen

Beschlussdatum: 09.12.2025

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 1 bis 2:

Der Kreisverband Düsseldorf von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ~~beschließt die Annahme des~~ beauftragt das Verhandlungsteam, Nachverhandlungen mit der CDU Düsseldorf ~~ausgehandelten Koalitionsvertrags zu~~ einem möglichen Koalitionsvertrag zu führen. Ziel ist dabei eine substantielle Verbesserung der bisher erzielten Ergebnisse, besonders in den folgenden Bereichen:

- Klima und Umwelt: u.a. Himmelgeister Deich, Klima-Sektorpläne
- Wohnen: u.a. konkrete Mittel für die städtische Wohnungsgesellschaft, Sozialbauquoten, Verkauf von Grundstücken zu Finanzierungszwecken
- Mobilität: u.a. konkretes Ziel bzgl. der umzusetzenden ADFC-Radwegmaßnahmen, Konkretisierung beim ÖPNV-Zielkonzept „Stadtbahn und Straßenbahn“, konkretes Ziel zum Ausbau der Mobilitätsstationen
- Finanzen: u.a. Bürger*innenentscheid Opernneubau oder Stärkung der kommunalen Einnahmen (Verpackungssteuer, Grundsteuer C, Zweitwohnsitzsteuer)

Das nachverhandelte Ergebnis soll der Mitgliederversammlung erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung

Der vorliegende Entwurf des Koalitionsvertrags bleibt in zentralen Zukunftsfragen hinter den Erwartungen zurück. Wichtige grüne Kernanliegen sind zu unkonkret formuliert und stehen zusätzlich unter einem pauschalen Finanzierungsvorbehalt, wodurch ihre Umsetzung unsicher wird.

Besonders im Klima-, Mobilitäts- und Wohnungsbereich fehlen verbindliche Ziele, Zeitpläne und überprüfbare Zwischenziele. So bleibt etwa offen, wie viele der über 200 ADFC-Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden sollen, und trotz des Ziels der Klimaneutralität 2035 wurden keine konkreten Sektorpläne vereinbart. Gleichzeitig wird durch die Auflösung des zentralen Klimatopfs eine strategische Steuerung erschwert.

Im Bereich Wohnen sichern befristete Sozialerhaltungssatzungen vor allem den Status quo, während eine Absenkung der Quote für sozialen Wohnungsbau vereinbart ist. Auch die finanzielle Ausstattung der städtischen Wohnungsgesellschaft bleibt unklar. Der Verzicht auf eine Bürger*innenentscheid zum Opernneubau bei gleichzeitig unvollständigem Kostenrahmen ist zudem unverantwortlich.

Angesichts der Erfahrungen aus der bisherigen Zusammenarbeit mit der CDU und der Tatsache, dass ohne die GRÜNEN keine stabile Mehrheit im Rat absehbar ist, sind gezielte Nachverhandlungen

notwendig, um den Vertrag verbindlicher, ambitionierter und glaubwürdiger zu machen. Ziel ist ein Koalitionsvertrag, der von einer breiten Parteibasis getragen werden kann und den Anspruch grüner Politik in dieser Stadt tatsächlich widerspiegelt.